

Dringliche Anfrage

Hannover, den 13.07.2020

Fraktion der FDP

Ist eine Ausweitung der Corona-Tests geplant?

Nach Einschätzung des Robert Koch-Instituts ist das Testen essenzieller Bestandteil einer umfassenden Pandemie-Bekämpfungsstrategie. Testen ermögliche eine schnelle und präzise Erfassung der Zahl und Verteilung von infizierten Personen in Deutschland. Testen trägt nach Auffassung des RKI so zu einem aktuelleren und besseren Lagebild bei und sei Grundlage für eine Unterbrechung von Infektionsketten und für einen Schutz vor der Überlastung unseres Gesundheitssystems. (vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Teststrategie/Nat-Teststrat.html?nn=13490888).

Die Entscheidung, wer auf SARS-CoV-2 untersucht wird, trifft der Arzt auf Basis der RKI-Kriterien. Danach soll eine Testung bei Vorliegen akuter Krankheitssymptome wie Geruchs- oder Geschmackstörungen, Temperaturerhöhung, Husten oder Halsschmerzen erfolgen. Einige dieser Symptome gehören auch zu den klassischen Grippesymptomen.

Andere Bundesländer weiten ihre Strategie aus. So bietet beispielsweise Bayern als erstes Bundesland seit 1. Juli kostenlose Corona-Tests für all Bewohnerinnen und Bewohner Bayerns an. Auch diejenigen, die keine Symptome haben, sollen einen Test machen und das Ergebnis zeitnah erhalten können. Oberste Priorität bei der Testung und Auswertung sollen dabei laut Presseberichten Verdachtsfälle mit Symptomen sowie deren Kontaktpersonen haben. Für sie gebe es eine 24-Stunden-Garantie: Sie sollen binnen 24 Stunden getestet werden, innerhalb weiterer 24 Stunden soll das Ergebnis vorliegen (vgl. <https://www.bayern3.de/ausgangsbeschraenkung-in-bayern-was-erlaubt-ist-und-was-nicht>).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung eine Ausweitung der Tests ähnlich dem bayerischen Vorbild und, wenn nicht, warum nicht?
2. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Antikörpertests?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die bestehenden Testzentren weiterhin notwendig sind, und wenn nicht, warum nicht?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer